



gentlich einer mutwilligen Täuschung der Bevölkerung gleichkommt. Die Veröffentlichung von Teilen des „Host City Vertrages“ war letztlich der Grund, warum Oslo seine Bewerbung für 2020 zurückgezogen hat.

Kostenexplosion vorprogrammiert

Berliner Baustellen sind dafür bekannt, dass sich Zeit und Geld dynamisch nach oben entwickeln. Gerade sollte die Sanierung des Jahnsporthparks 30 Mio. € kosten und schon sind es 150 Mio. €. Wir kennen das vom BER, von der Staatsoper und den vielen anderen nicht enden wollenden Projekten der Stadt. Warum soll das bei den Olympischen Spielen anders sein? Schon jetzt können wir davon ausgehen, dass die, von Senator Henkel veranschlagten 2 Mrd. € Investitionskosten, nur ein Bruchteil der realen Kosten sein wird.

In allen Austragungsstätten Olympischer Spiele lagen die Gesamtkosten am Ende weit über den angesetzten Summen. Eine Studie der Universität Oxford aus dem Jahr 2012, hat für den Zeitraum von 1960 bis 2012 die Kostenüberschreitung Olympischer Spiele anhand der offiziell angegebenen Kosten im Abgleich mit den in der Bewerbung ursprünglich angegebenen Kosten, ermittelt. Die Kostenüberschreitung betrug durchschnittlich 252 Prozent.

London hat 2,4 Milliarden britische Pfund eingeplant; 2007 waren die Kosten schon auf 9,3 Milliarden Pfund

hochgeschneit. Inzwischen berechnete Julian Cheyne von Games Monitor die Kosten auf 13 Milliarden Pfund. Eine Untersuchung von Sky Sports, die auch erweiterte Ausgaben für den Verkehr beinhaltete, katapultierte die Kosten für die Fünf-Ringe auf 24 Milliarden Pfund.“

Verwaltungsnotstand und steigende Mieten

Olympia kostet aber nicht nur Geld und ökologische Ressourcen, sondern auch Grün und Kiezstrukturen, um die die Bewohner*innen oft lange gekämpft haben.

Schon jetzt herrscht in der Stadt Verwaltungsnotstand. Die Bürger*innen müssen Wochen auf Termine warten. Eine Olympiabewerbung würde die Verwaltungen auf Jahre hinaus auf die Planungen von Olympia festlegen, eine soziale und ökologische Stadtentwicklung wäre unter diesen Umständen nicht möglich.

Statt Grün und relevante Freiflächen zu erhalten, um Lebensqualität in den Kiezen zu bewahren und dem Klimawandel zu begegnen, werden für Sportarenen, Medien- und Olympiadorf weitere Flächen bebaut und versiegelt. Bezahlbarer Wohnraum ist jetzt schon knapp. Bisher hat es in jeder Olympiastadt erhebliche Mietsteigerungen infolge der Aufwertung der Stadt gegeben. Auch in Berlin werden die Mieten noch schneller steigen und die Immobilienspekulation zunehmen.

Januar 2015

Kontakt:

NaturFreunde Landesverband Berlin
Paretzer Straße 7
10713 Berlin
Tel.: 030 8332013
Mail: info@naturfreunde-berlin.de

Geschäftszeiten:

Montag - Freitag 10.00 bis 16.00 Uhr



NaturFreunde
Berlin

Naturfreunde Berlin

Sport statt Olympia



www.naturfreunde-berlin.de

www.naturfreunde-berlin.de

Sport statt Olympia

Wir NaturFreunde setzen uns seit mehr als 100 Jahren für viel Bewegung in gesunder Umgebung ein. Wir bieten vielseitige und umweltfreundliche Aktivitäten im Berg-, Schnee- und Kanusport an, wandern in den Bergen und im grünen Umfeld Berlins. Wir sehen den Mehrwert von Sport im gemeinsamen Erlebnis, nicht im Wettkampf um Höchstleistungen. Wir lehnen die Kommerzialisierung und Vermarktung von sportlichen Leistungen ab. Olympische Spiele dienen heute aber in erster Linie der Vermarktung des Sports zu Gunsten des IOC und der Sponsoren. Nicht das gemeinsame Erlebnis, Fairness und Freude am Sport stehen im Mittelpunkt, sondern Profit, Privilegien, Machtstreben und Kommerzialisierung.

Die Olympischen Ringe stehen heute für das IOC als milliardenschweres Unternehmen. Allein mit dem Verkauf der Fernsehrechte an den US-Fernsehsender NBC für den Zeitraum 2020 bis 2032 verdiente das IOC jüngst 7.75 Milliarden Dollar. Aber auch die großen Sportverbände, wie die FIFA haben an Glaubwürdigkeit verloren und stehen mehr für Betrugereien und Korruption, als für den fairen Wettkampf. Die Leidtragenden sind dabei auch die Sportler*innen, die in das Geflecht von Macht, Geld und Doping hinein gezwängt werden.

Geld für Schulen und Breitensport

Berlins Sportinfrastruktur ist marode. Der Sanierungsbedarf für die bestehenden Breitensportanlagen liegt aktuell laut LSB bei 300 Mio. €. Es darf davon ausgegangen werden, dass der Sanierungsbedarf weiter steigt. Das Ab-

geordnetenhaus hat für das Sportanlagen- Sanierungsprogramm gerade einmal 9 Mio. € zur Verfügung gestellt. Die Sporthallen und Schwimmbäder sind marode, gleichzeitig steigen die Eintrittspreise, so dass sich immer weniger Menschen regelmäßiges Schwimmen leisten können. 20 % der Grundschüler*innen können nach der 3. Klasse noch nicht schwimmen, auch weil es zu wenig Sportlehrer*innen gibt. Wenn der Senat wirklich etwas für die Zukunft Berlins tun will, muss er diese Zustände schnellstens beenden und in Schulen, Kindergärten und Sportanlagen für alle investieren, mehr Lehrer*innen einstellen und die Trainingsmöglichkeiten für die Vereine ausbauen und verbessern.

Der Senat setzt die Bezirke stattdessen unter Druck und fordert eine positive Haltung gegenüber der Bewerbung Berlins als Bedingung für die Aussicht auf eine Finanzierungszusage für einige längst überfällige Projekte.

Kein Frieden mit Olympia

Das IOC stellt sich in der Öffentlichkeit gern als weltverbessernd und friedentiftend dar, als eine wundersame Mischung aus Mutter Teresa, dem Roten Kreuz und Brot für die Welt. Dabei fördert das Olympische Motto „Schneller, höher, stärker“ Nationalismus und Elitedenken. Für den Frieden hat das IOC nur rhetorische Floskeln bereitgestellt. Und Olympische Spiele konnten noch keine einzige kriegerische Handlung unterbinden. Oder wie es Christian Graf von Krockow schon 1996 ausdrückte: „Die Olympier reden gern davon, dass ihre Bewegung zum Frieden und zur Völkerverständigung beiträgt. Aber noch

kein Krieg ist durch den Sport abgewendet, kein Völker- oder Fremdenhass von ihm gemildert worden“ (Krockow 19.7.1996).

Placebodemokratie des Senates

CDU und SPD haben immer wieder versprochen, dass die Berliner*innen hinsichtlich der Entscheidung für oder gegen eine Bewerbung für Olympische Spiele 2024 und oder 2028 ein Wörtchen mitzureden haben. Aber obwohl bereits im Herbst 2013 über eine erneute Bewerbung Berlins nachgedacht wurde, und der Senat, bzw. SPD und CDU alle Zeit der Welt hatten eine Verfassungsänderung anzustoßen, um die Möglichkeit zu schaffen, die Berliner*innen in einem, für die Politik verbindlichen Volksentscheid abstimmen zu lassen, ist nichts passiert, auch ein Konzept für Beteiligungsverfahren, die das Wort auch verdienen, liegt bis heute nicht vor.

Nun wurde das Volksbefragungsgesetz novelliert, 2,5 Mio. Wahlberechtigte sollen nach ihrer Meinung gefragt werden. Verbindlichkeit für eine solche „Befragung von oben“ ist verfassungsrechtlich ausgeschlossen. Also bleibt es bei einem Placebo und einer Meinungsabfrage zwei Tage bevor die Frist zur Bekanntgabe der Bewerbung beim IOC abläuft! Kritiker*innen haben, anders als bei einem Volksentscheid, keinen Einfluss auf den Inhalt der Fragestellung. Erschwerend kommt hinzu, dass eine Abstimmung im September ohne Kenntnis aller Bedingungen, Kosten und vor allem des Inhaltes des „Host City Vertrages“ (Vertrag zwischen Berlin und IOC) ei-

